

# BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE

KLARTEXT



## »ICH WILL MINISTERPRÄSIDENT IN BAYERN WERDEN.«

SPD-Parteitag kürt Franz Maget mit 98,4 Prozent der Stimmen zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen

### TAGESANBRUCH IN BAYERN

„Am Grunde der Moldau wandern die Steine...“, so beginnt ein eindringliches Gedicht von Bertolt Brecht, in dem er auf die Kraft von Veränderungen setzt, auf die Möglichkeit zum Wandel, selbst wenn die Verhältnisse unverrückbar wirken. Es ist an der Zeit, auch in Bayern die Steine endlich wieder ins Rollen zu bringen!

Die SPD hat die Ideen und Konzepte für ein gerechteres, zukunftsfähiges Bayern. Wir wollen neue, vielfältige, ja farbige Impulse setzen, die über das schwarze Verwalten von Pfründen hinausweisen. Und wir haben mit Franz Maget den Spitzenkandidaten, den es braucht, um einen Wandel in Gang zu setzen, der Bayern gut tun wird: Franz Maget hört zu und gibt Menschen damit ihre Stimme wieder. Er diskutiert politische Wege und Ziele in einer Weise, die Vertrauen schafft und zum Mitdenken einlädt. Er steht hinter dem, was er sagt – und die bayerische SPD steht hinter ihm.

„Die Nacht hat zwölf Stunden, dann kommt schon der Tag“, schließt Brecht seine Zeilen. Kämpfen wir gemeinsam für einen neuen Tagesanbruch in Bayern!

Ludwig Stiegler, MdB  
Vorsitzender der BayernSPD

### IMPRESSUM

BAYERNVORWÄRTS  
Verantwortlich: Rainer Glaab  
BAYERNVORWÄRTS-REDAKTION  
Georg-von-Vollmar-Haus  
Oberanger 38 / II, 80331 München  
TEL (089) 23 17 11 0  
FAX (089) 23 17 11 38  
EMAIL bayernvorwaerts@spd.de

**M**it unter 20 Prozent bei der letzten Wahl die CSU herausfordern, mag manchem vermessen erscheinen, aber „Ja, es geht!“ Franz Maget sieht die Chance, die Landtagswahlen am 28. September spannender zu gestalten als alle Landtagswahlen der vergangenen 50 Jahre: „Die politischen Gewichte im Freistaat können und müssen sich endlich verschieben.“ Die 250 Delegierten des Parteitags folgten dem Spitzenkandidaten, der bei seiner Nominierung auf 98,4 Prozent Bestätigung kam, bei seiner kämpferischen und visionreichen Rede mit viel Beifall. Er geißelte die Selbstverliebtheit der CSU, deren Hochmut und Arroganz „grenzenlos waren“, und stellte klar: „Bayern geht nicht unter, wenn die CSU diese Wahl verliert.“ Schließlich habe die Partei personell und inhaltlich abgewirtschaftet: „Stoiber war nach 14 Jahren Regierungszeit verbraucht. Beckstein ist es schon nach neun Monaten.“

So scharf die Abrechnung mit dem CSU-Führungstandem Beckstein/Huber war, so konkret entwickelte er seine Konzepte für ein schönes Bayern, in dem die Gerechtigkeit lebt. Nach 50 Jahren CSU brauche Bayern „eine neue Perspektive, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Fairness“.

Für Franz Maget heißt das: „Wir wollen Bayern zu einem Kinder- und Bildungsland machen. Und wir wollen dafür sorgen, dass alle Anteil haben an der allge-



Freundschaft und Vertrautheit mit Franz Maget: der große Mann der Sozialdemokratie, Hans-Jochen Vogel.



Das Herz seiner Frau Dorle hat er schon gewonnen. Auf dem Parteitag am 15. Juni in München gewann Franz Maget die Herzen der Parteidelegierten.

» Weg mit dem  
Oppositions-  
geist.  
Weg mit  
Pessimismus.  
Weg mit  
Verdrossenheit.  
Zeigen wir  
Gesicht.  
Zeigen wir  
Argumente.«

(Franz Maget auf dem Parteitag der BayernSPD am 15. Juni in München)

meinen Wohlstandsentwicklung.“ Also: Kleinere Klassen, mehr Lehrer, individuelle Förderung statt frühzeitiger Auslese, Bildungschancen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Bildungs- und Betreuungsplätze für alle Kinder, Ganztagsangebote – auch um Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Den Mindestlohn in Bayern, wie ihn die Verfassung möglich macht. Schluss mit hochriskanten Abenteuern wie Atomkraft und Agrotechnik ebenso wie mit Obrigkeitsstaat und Verletzung der Grundrechte.

Der Münchner OB Christian Ude verwies auf die Arbeit Franz Magets als Vizepräsident des TSV 1860 München: „Wer das bei 60 schafft, vernünftige Verhältnisse zu schaffen, der schafft es auch in Bayern.“ ■

### AUS DEM INHALT

Seite 2: Guter Lohn für gute Arbeit  
Seite 3: Arbeit darf nicht arm machen  
Seite 4: Gleich mehr Netto  
Seite 5: Daseinsvorsorge garantieren  
Seite 6: Zukunft nur mit Bildung  
Seite 7: Sicherheit geht anders  
Seite 8: Im Mittelpunkt die Familie  
Seite 9: Lebensgrundlagen sichern  
Seite 10: Frauen verdienen mehr  
Seite 11: Kommunalfuchs 2008  
Seite 12: Programmparteitag am 5. Juli  
Seite 12: Europaparteitag am 26. Juli

## Guter Lohn für Gute Arbeit!

Jeremy Riffkin, US-amerikanischer Ökonom und Bestseller-Autor, hat der Wirtschaft seines Landes das Modell „Europa“ ans Herz gelegt: Arbeitnehmerrechte, Kündigungsschutz, Motivation, Teilnahme am Haben und Sagen fördern den ökonomischen Erfolg. Es sind Elemente einer Arbeitswelt, wie sie teilweise verwirklicht sind, wie sie gut in den Forderungskatalog von Gewerkschaften und Sozialdemokraten passen. Was Riffkin als richtig erkennt, gerät bei uns zunehmend in Gefahr: die Sicherheit, eine gute Arbeit zu haben und davon gut leben zu können. Gute Arbeit – das heißt: ein sicheres Einkommen, planbare Arbeitszeiten, Anerkennung, Schutz vor Kündigung, Überbelastung und gesundheitlichen Gefahren. Die Gewerkschaften haben vieles erstritten. Aber fest steht: Wir müssen um das Erreichte kämpfen. Und uns neuen Herausforderungen stellen. Europäischer Wettbewerb darf nicht dazu führen, dass die Standards abgesenkt werden. Wir müssen gemeinsam ein hohes Niveau in Europa anstreben. Dann wird es der Wirtschaft ebenso gut gehen wie unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.



**Jörg Schlagbauer, IG Metall:** „Gute Arbeit heißt, der Arbeit ein gesundes Maß geben, denn der Mensch steht im Mittelpunkt.“

## WIR BRAUCHEN GUTE ARBEIT UND FAIREN LOHN!

„Gute Arbeit“ ist ein in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft viel benutzter Begriff geworden, mit dem der Blick auf die Qualität der Arbeitsbedingungen gerichtet wird. „Gute Arbeit“ umfasst neben den Entgeltbedingungen auch Arbeitszeitgestaltung, Schutz vor Leistungsüberforderungen und einem nachhaltigen Umgang mit der menschlichen Leistungsfähigkeit. Die DGB-Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, setzen sich mit diesem Thema intensiv auseinander.

Jörg Schlagbauer, Leiter des IG Metall Vertrauenskörpers bei Audi in Ingolstadt, fasst das Thema „Gute Arbeit“ folgendermaßen zusammen: „Aus Sicht der Arbeitnehmer bedeutet Gute Arbeit: ein festes, regelmäßiges und Existenzsicherndes Einkommen, planbare Arbeitszeiten, unbefristete Beschäftigung, sich in die Arbeit einbringen können und Anerkennung für seine Leistung erhalten. Wichtig hierbei ist auch das zwischenmenschliche Klima im Unternehmen oder im Betrieb, die Möglichkeit, vielfältige soziale und berufliche Beziehungen knüpfen zu können und für die gleiche Arbeit auch das gleiche Entgelt zu erhalten.“

### Die SPD-Handschrift beim europäischen Sozialmodell

Auch die Sozialdemokratie setzt sich für „Gute Arbeit“ ein. Das SPD-geführte Bundesministerium für Arbeit und So-



**Arm trotz Arbeit. Im Einzelhandel und in der Gastronomie sind Niedriglöhne an der Tagesordnung.** (FOTO: WERNER BACHMEIER)

## ARBEIT ALTERSGERECHT GESTALTEN

Einen ganz besonders hohen Stellenwert wird in Zukunft die lernförderliche und altersgerechte Arbeitsgestaltung sowie der ganzheitliche, präventiv- und beteiligungsorientierte Arbeits- und Gesundheitsschutz einnehmen. Kurzum: Wie stellen sich Politik, Gesellschaft und Wirtschaft der Herausforderung des Demografischen Wandels im Hinblick des Anspruchs auf „Gute Arbeit“?

Was sind die konkreten Gründe in den Unternehmen und Betrieben in Bayern zur Beschäftigung mit dem Thema „Demografischer Wandel“?

Einige der Problemstellungen:

- Steigender Altersdurchschnitt in den Unternehmen,
- Gestaltung der Technik und der Arbeitsorganisation,
- Umgang mit Leistungsgeminderten und Leistungsgewandelten Menschen,
- Anhebung des Rentenalters und Wegfall der Altersteilzeit,
- Wegfall von Wissen, Erfahrung und Können,
- Wachsender Facharbeiter- und Ingenieurmangel.

Diese Herausforderungen erhöhen den Handlungsdruck in den Unternehmen,

langfristig dafür zu sorgen, auch mit älter werdenden Belegschaften die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Hierbei muss Anerkennung und Respekt gegenüber einer älter werdenden Belegschaft im Mittelpunkt unternehmerischen Handelns stehen. Besonders vor dem Hintergrund der Kriterien für „Gute Arbeit“ wird dieses Thema in den nächsten Jahrzehnten immer mehr an Bedeutung gewinnen. ■

**Erfahrene und motivierte Arbeitnehmer als kostbares Kapital eines Unternehmens. Der Autokonzern AUDI in Ingolstadt weiß, was er an seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat.**

(FOTO: WERNER BACHMEIER)



ziales beansprucht dieses Thema für das europäische Sozialmodell. Das heißt: Im Rahmen des sogenannten Lissabon-Prozesses geht es nicht nur um mehr, sondern auch um bessere Arbeitsplätze für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa. Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist die Debatte um arbeitspolitische Deregulierungen bzw. die Senkung von Standards in der Arbeitsmarktpolitik, deren derzeitige Ergebnisse in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union allen Kriterien guter Arbeit widersprechen.

### Nur 12 Prozent sprechen von guten Arbeitsbedingungen

Doch gilt leider nach wie vor: „Gute Arbeit“ ist in Bayern und Deutschland Mangelware. Nur 12 Prozent aller Beschäftigten schätzen nach einer im Auftrag des DGB durchgeführten Befragung ihre Arbeitsbedingungen als gut ein. Deshalb gilt: Für Jung. Für Alt. Für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Gute Arbeit heißt – der Arbeit ein gesundes Maß geben, denn der Mensch steht im Mittelpunkt. ■

Literaturhinweis: IG Metall Projekt Gute Arbeit (Hg.): Handbuch „Gute Arbeit“, VSA-Verlag, Hamburg 2007.

# JA ZUM MINDESTLOHN! BAYERN VORAN! MINDESTLOHN JETZT!

Über den Mindestlohn wird in der Koalition in Berlin heftig gestritten. Eine Lösung ist in weite Ferne gerückt. In Bayern hingegen könnte es anders laufen. In der Verfassung des Freistaates Bayern ist der Mindestlohn nämlich verankert.



**ARTIKEL 169, ABSATZ 1  
DER BAYERISCHEN  
VERFASSUNG LAUTET:**

» Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgelegt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen.«

Die Realität in Bayern sieht bis dato anders aus: Die CSU-Politik des Nichtstuns hat auf dem Arbeitsmarkt deutliche Spuren hinterlassen. Zwar sinkt laut „Statistik“ die Zahl der Arbeitslosen im Freistaat, aber in Wahrheit fehlt weit mehr Menschen in Bayern eine reguläre Arbeit als offiziell gezählt werden. Immer mehr Arbeitnehmer arbeiten zu problematischen Bedingungen.

Das sind die Fakten: Der Niedriglohnbereich frisst sich immer weiter in den heimischen Arbeitsmarkt. Der Anteil der Menschen im Niedriglohnsektor ist bundesweit auf 6,6 Millionen und damit auf 22 Prozent aller Beschäftigten gestiegen! 743.000 Menschen in Bayern verdienen weniger als 400 Euro im Monat. 377.000 Menschen in Bayern müssen zusätzlich zu ihrer regulären Arbeit einen Nebenjob ausüben, weil ihr Einkommen nicht ausreicht sich und ihre Familie zu ernähren.

109.000 Menschen in Bayern sind Leiharbeiter. Jeder achte Leiharbeiter muss Hartz-IV beantragen, um über die Runden zu kommen.

Arbeit darf nicht arm machen. Wenn aber Menschen mit einem Vollzeit Arbeitsplatz nicht genügend verdienen, um davon leben zu können, ist etwas faul im Lande Bayern.

## **BayernSPD: Wir brauchen Mindestlöhne**

Diesen haltlosen Zustand akzeptiert die BayernSPD nicht. Unsere Position ist klar.

Wir brauchen Mindestlöhne, denn

- Mindestlöhne garantieren Existenz sichernde Einkommen.
- Mindestlöhne stoppen die Lohnspirale nach unten.
- Mindestlöhne schaffen Kaufkraft und damit neue Arbeitsplätze.
- Mindestlöhne stabilisieren angemessene Einkommen auch im Alter.
- Mindestlöhne entlasten Steuer- und Beitragszahler.
- Mindestlöhne schützen auch die Unternehmen vor ruinösem Wettbewerb durch Lohndumping.



Der stellvertretende Landes- und Fraktionsvorsitzende Dr. Thomas Beyer, im Kompetenzteam von Franz Maget verantwortlich für Arbeit und Soziales: „Arbeit darf nicht arm machen. Die CSU muss endlich ihren Widerstand gegen den Mindestlohn aufgeben.“

Zuerst gilt es natürlich für die Gewerkschaften, die Tarifautonomie zu nutzen und vernünftige Löhne durchzusetzen. Wo dies nur unzulänglich möglich ist, kommt das Entsendegesetz zum Tragen. Ist auch darüber ein Existenz sichernder Lohn für Vollzeitbeschäftigte nicht möglich, sollten Mindestlohnregelungen greifen. Das ist gut für alle Menschen in Bayern. In den meisten europäischen Ländern gibt es solche Regelungen, ohne dass dadurch die Wirtschaft zusammengebrochen wäre, wie uns gerne von CSU-Politikern vorgegaukelt wird.

## **Der Weg zum Volksbegehren**

Deshalb unterstützt die BayernSPD das Volksbegehren der Bayerischen Gewerkschaften „Bayern voran! Mindestlohn jetzt!“ Und wir können es gemeinsam schaffen.

## Arbeit darf nicht arm machen!

Unsere Bayerische Verfassung ist einmalig. Verfassungsvater Wilhelm Hoegner, erster SPD-Ministerpräsident des Nachkriegsbayerns, hat weit über seine Zeit hinausgedacht. Und er hat bereits vor 60 Jahren die Möglichkeit zum Mindestlohn in der Verfassung verankert.

Wir können heute dankbar sein für diese Chance. Denn überall, wo es den Gewerkschaften nicht oder noch nicht gelungen ist, vernünftige Löhne durchzusetzen, kann der Staat Mindestlöhne festsetzen.

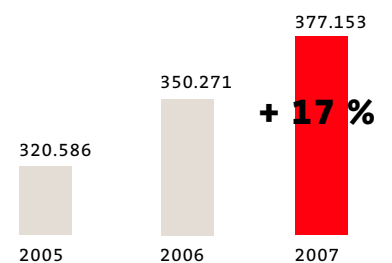
Arm trotz Arbeit. Das ist heute die Situation vieler Arbeitnehmer. Sie müssen Zweijobs annehmen, Oder sie sind auf ergänzende Hilfen angewiesen.

Nutzen wir die einmalige Chance unserer Verfassung. Die Gewerkschaften haben das Volksbegehren „Mindestlohn“ gestartet. Und wir als BayernSPD sind mit dabei.

## BAYERN VORAN! MINDESTLOHN JETZT!

### DIE SITUATION IN BAYERN:

IM NEBENJOB GERINGFÜGIG ENTLOHNTE  
BESCHÄFTIGTE (ZWEITJOBBER) IN BAYERN



**DESHALB: DGB VOLKSBEGEHREN UNTERSTÜTZEN!**

**Zweitjobber: Wenn der erste Job nicht mehr reicht, um leben zu können. In nur zwei Jahren ist die Zahl der Zweitjobber um 17 Prozent angestiegen.**

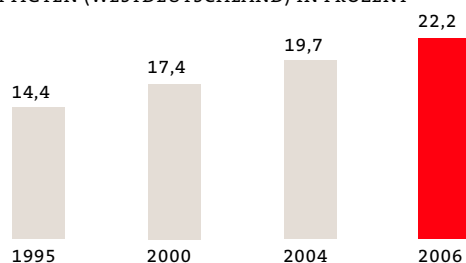
Der Weg zu einem Volksbegehren in Bayern sieht so aus: Zunächst müssen Unterschriften für die Zulassung des Volksbegehrens gesammelt werden. Das passiert derzeit. Wenn das Volksbegehren nach der Prüfung durch das bayerische Innenministerium zugelassen ist, müssen zehn Prozent der Wahlberechtigten (das sind rund 920 000 Menschen) das Begehren unterzeichnen. Damit muss es im Bayerischen Landtag behandelt werden. Falls der Landtag das Gesetz ablehnt, muss es zum Volksentscheid vorgelegt werden.

Deshalb: Jetzt aktiv werden, damit Bayern gerechter wird! ■

## BAYERN VORAN! MINDESTLOHN JETZT!

### NIEDRIGLOHN FRISST SICH IN DEN ARBEITSMARKT:

ANTEIL NIEDRIGLOHN BESCHÄFTIGTE UNTER DEN ABHÄNGIG  
BESCHÄFTIGTEN (WESTDEUTSCHLAND) IN PROZENT



**DESHALB: DGB VOLKSBEGEHREN UNTERSTÜTZEN!**

Der Niedriglohn frisst sich in den Arbeitsmarkt: In nur 10 Jahren ist der Anteil der Arbeitnehmer mit Niedriglöhnen um mehr als die Hälfte gestiegen.

## Gleich mehr netto!

Nach Landesbank- und Transrapidde-saster hat Bayerns CSU-Finanzminister Huber es aufgegeben, seriöse Zahlen zu irgendetwas vorzulegen. Die Kanzlerin unterstützt die CSU nicht.

Bei der Pendlerpauschale war Huber Brandstifter; jetzt spielt er Feuerwehrmann. Doch er hat in seinem Löschwas-sertank nur Sand dabei, den er den Bay-ern vor der Landtagswahl in die Augen streuen will.

Nach der Wahl schröpft er wieder die kleinen Leute, um damit die Steuerge-schenke an die Villenbesitzer am Starn-berger See zu finanzieren.

Die BayernSPD will gleich mehr Netto. Sie will die Pendlerpauschale und die Erbschaftssteuer, damit es gerechter zu-geht in Bayern.

Ausführliche Papiere zu Pendlerpauschale, Tanktourismus und Erbschaftssteuer sowie eine Zwischenbilanz zur Roten Handschrift in der Großen Koalition gibt es im Mundfunk-Angebot unter [www.bayernspd-mundfunk.de](http://www.bayernspd-mundfunk.de)



**Erst ablehnen, dann fordern.**  
**Florian Pronold: „Das schäbi-ge Verwirrspiel der CSU mit der Pendlerpauschale ent-larvt sich selbst.“**

## BAYERNSPD KÄMPFT FÜR DIE PENDLERPAUSCHALE

Florian Pronold: Die CSU war Totengräber, jetzt belügt sie die Menschen.

Die BayernSPD kämpft für die Interessen der bayerischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn die Pendler-pauschale ist kein Almosen. Der Vorsit-zende der BayernSPD-Landesgruppe, Flo-rian Pronold, im Kompetenzteam von Franz Maget zuständig für Wirtschaft, Finanzen und Steuerpolitik: „Der Weg zur Arbeit sind Werbungskosten, die steuerlich absetzbar bleiben müssen.“

Die CSU war Totengräber der Pendler-pauschale. Florian Pronold: „Jetzt spielt sie im Landtagswahlkampf den Voodoo-Priester, der sie wieder zum Leben erwe-cken will.“

### 5 Fakten gegen die CSU-Propaganda-Lügen

Die Fakten gegen die Propaganda-Lügen von Huber & Co:

1. CDU/CSU zogen 2005 mit der Forde-rung nach Kürzung der Pendlerpauschale in die Bundestagswahl und die Koaliti-onsverhandlungen. Kirchhof wollte sie ganz streichen. Die SPD hat sich gegen die Kürzung ausgesprochen.
2. Die Union hat im Koalitionsvertrag die Kürzung der Pendlerpauschale durchge-setzt. Wir haben im Gegenzug die Steu-erfreiheit der Nacht-, Schicht- und Sonn-tagсарbeit erhalten.

3. Die SPD-Finanzpolitiker im Bundestag haben versucht, die Pendlerpauschale weiterhin ab dem ersten Kilometer zu gewähren. Auf der Ebene der Fachpoliti-ker war in der Unionsfraktion durchaus Bereitschaft zu erkennen, dem SPD-An-liegen zu folgen. Dieser Versuch ist von der Fraktionsspitze der Union unterbun-den worden. Die CSU-Landesgruppe hat die Pendler das erste Mal im Regen ste-hen lassen.

4. Nach dem Urteil des Bundesfinanzhofes ergriffen wieder die BayernSPD und die SPD-Finanzpolitiker die Initiative, die im November 2007 vom SPD-Fraktions-vorsitzenden Struck aufgegriffen wurde: Die Pendlerpauschale wieder ab dem 1. Kilometer, aber gegenfinanziert. Erwin Huber als neu gewählter CSU-Vorsitzen-der hat im Koalitionsausschuss diesen SPD-Vorstoß beerdigt und ein zweites Mal die Interessen der bayerischen Pendler verraten.

5. Die CSU-Initiative vor dem Koalitions-ausschuss am 27. April 2008 war wieder nur Wählerverdummung. Huber legte kein Finanzierungskonzept vor – anders als die SPD zuvor. Auch die CDU mauert weiter.

Jetzt gilt es das Verfassungsgerichts-urteil abzuwarten. ■

## GLEICH MEHR NETTO WÄRE GUT INVESTIERT

Florian Pronold: Leere Wahlkampfversprechen der CSU vor der Landtagswahl

Die CSU verspricht Einkommensteuer-senkungen im Umfang von 28 Milliar-den Euro und möchte damit für Bayern auf 2,5 Milliarden Euro Einnahmen ver-zichten. Die bayerische SPD-Landtags-fraktion hat die CSU-Regierung in ei-nem Dringlichkeitsantrag im Mai 2008 aufgefordert, konkrete Maßnahmen zur Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern im Freistaat gleich umzuset-zen.

Kernpunkte des SPD-Maßnahmenpa-kets sind:

- das kostenlose letzte Kindergarten-jahr,
- der Einstieg in die Versorgung der Kinder in allen Schulen und Betreu-ungseinrichtungen mit kostenlosem Mittagessen,
- die Abschaffung der Studiengebüh-ren,

- die Förderung des ÖPNV in der Höhe vergangener Jahre,
- die Wiederaufnahme der Investiti-onskostenförderung in der stationären Altenhilfe.

SPD-Landesgruppenchef Florian Pro-nold: „Anstatt auf Einnahmen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro zu verzichten, können durch unsere Initiative die Bür-gerinnen und Bürger noch vor der Wahl sofort entlastet werden. Arbeitnehmer hätten tatsächlich mehr Netto zur Ver-fügung, und das Geld wäre gut investiert: in unsere Kinder und Familien, unsere Zukunft!“

Die CSU hat das abgelehnt. Florian Pro-nold: „Wen wundert es? An ihren Ta-ten, nicht an ihren Worten sollt ihr sie erkennen.“

## CSU KÄMPFT FÜR VILLENBESITZER

Im Herbst 2007 hat die Große Koalition einen Kompromiss zur Reform der Erbschaftsteuer vereinbart. Den hat die CSU mitbeschlossen.

Das Aufkommen der Erbschaftsteuer in Höhe von 4 Milliarden Euro soll erhalten bleiben. Es gibt Erleichterungen für nahe Verwandte, die Landwirtschaft und Betriebe, die bei der Fortführung Arbeitsplätze er-halten.

Doch von dem Entwurf für die Reform der Erbschaftsteuer, der maß-geblich von der CSU-Staatskanzlei kam, will die CSU nun nichts mehr wissen:

■ Huber: „Für ein modernes Steuersystem der Zukunft stelle ich aller-dings die Erbschaftsteuer in Frage.“ (FAZ, 23. Februar 2008).

■ Hohlmeier: Die derzeit diskutierten Entwürfe einer Erbschaftssteuer-reform müsse man „in den Aktenschredder“ werfen. (Focus, 1. Juni 2008)

Die Erbschaftsteuer soll dasselbe Schicksal ereilen wie die Vermögen-steuer. Die CSU will Steuergeschenke für die Villenbesitzer am Starn-berger See. Aber wer den Reichen mehr schenken will, muss es den Ar-men nehmen.

Das Erbschaftsteueraufkommen steht den Ländern zu. Von den vier Milliarden Euro Einnahmen fließt fast eine Milliarde nach Bayern. Geld, das in unseren Schulen und Universitäten dringend gebraucht wird. Jede Ausnahmeregelung, die die CSU zugunsten ihrer schwerrei-chen Klientel durchsetzt, kostet bares Geld und fehlt für die Finanzie-rung von Zukunftsaufgaben. ■

# PRIVATISIERUNG MACHT HILFLOS

Ein staatliches Monopol sei „durch ein Quasi-Monopol auf privater Seite ersetzt“ worden. Man habe „nur geringen Einfluss auf die Investitionen des Unternehmens“, beklagt der Hamburger CDU-Bürgermeister Ole van Beust den Verkauf der Hamburgischen Electricitäts-Werke (HEW). „Heute würde ich die HEW nicht mehr verkaufen!“ Noch nicht einmal diese Lektion hat die CSU gelernt.



Als Präsident des Deutschen Städtetags kritisiert Münchens OB Christian Ude den Privatisierungs- und Liberalisierungswahn der CSU: „Wer verkauft, kann nicht mehr mitbestimmen.“

**D**ie CSU verscherbelte nahezu das gesamte Tafelsilber des Freistaats – auch die ehemaligen Bayernwerke, die heute dem E.ON-Konzern einverleibt sind. Damit hat die CSU nicht nur den Einfluss des Freistaats auf die Investitionen in diesem Bereich, sondern auch auf eine zukunftsorientierte Energiepolitik aufgegeben. Der Präsident des Deutschen Städtetags und Münchner Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) appellierte nun erneut, die Kommunen sollten an ihren Werken festhalten. „Wer sie verkauft, kann nur noch aus der Ferne zusehen, was sein einstiges Unternehmen so treibt.“

So geht es nicht nur Ole van Beust, so geht es auch dem CSU-Tandem Beckstein und Huber – die Unionsschwestern in Hilflosigkeit traut vereint. In den aktuellen Debatten um Energiepreise und Energieversorgung hört man die beiden CSU-Vortänzer klagen; letztendlich klagen sie auch über die Auswirkungen ihrer Politik, sie klagen über sich selbst.

## Zukunftsfähige Energieversorgung durch Stadtwerke

Was möglich ist, zeigen zum Beispiel die Stadtwerke München, eine 100-prozentige Tochter der Landeshauptstadt. Selbstverständlich müssen Stadtwerke im Markt agieren, aber sie können auch Zeichen setzen: „Der Anteil der Kraft-Wärme-Koppelung in der Energieerzeugung ist bei den Münchner Stadtwerken achtmal so groß wie im Bundesschnitt. 80 Prozent unserer Kraftwerke erzeugen nicht nur Strom, sondern gleichzeitig auch Fernwärme. So wird die Energie äußerst effizient genutzt“, erläutert Christian Ude. Zudem soll bis 2020 der Anteil erneuerbarer Energien auf mindestens 20 Prozent der Eigenstromerzeugung ausgebaut werden.

Die vier großen Stromkonzerne in Deutschland sind längst Oligopolisten. Ihnen gegenüber sind alle Stadtwerke Winzlinge. Dennoch: Gerade Stadtwerke sorgen für Wettbewerb im Energiesektor. Deshalb setzt die SPD darauf, möglichst viele Stadtwerke wettbewerbsfähig zu erhalten und ihnen Zukunftschancen zu eröffnen.

Kurzum: Stadtwerke lindern die Marktmacht der Konzerne und können eine zukunftsorientierte, ökologisch nachhaltige Versorgung aufbauen. ■



Trotz großer Potentiale kommt die Windenergie dank ideologischer Scheuklappen der CSU in Bayern nicht voran. Denn die Erneuerbaren Energien sind eine Bedrohung für die Atomkraft.

## KOMMUNALUNFREUNDLICHER SCHILDBÜRGERSTREICH

Lärmkartierung und Aktionsplanung: Das neue Bundesimmissionsschutzgesetz weist die Aufgaben den Kommunen zu. Bei der Umsetzung haben CSU und Staatsregierung mit heißer Nadel gestrickt, haben beispielhaft einen kommunalunfreundlichen Schildbürgerstreich hingelegt. Einziges Ziel: Alle Kosten vom Land fernzuhalten. Und die CSU erwies sich als beratungsresistent: Obwohl ihr SPD-Anträge den richtigen Weg wiesen, hielt sie am teuren Unfug fest. Bei Autobahnen, Flughäfen und Eisenbahnverbindungen sind die Kommunen aus der Pflicht entlassen. Was Sinn macht. Hier ist die einzelne Kommune überfordert. Das ist sie aber auch bei Hauptverkehrsstraßen wie Bundes- und Staatsstraßen. Trotzdem sollen die einzelnen Gemeinden beim Umgebungslärm selbst Aktionspläne aufstellen. Jede Kommune soll für ihren Straßenabschnitt planen. Der Bayerische Gemeindetag ist dagegen Sturm gelaufen, ebenso wie die SPD-Landtagsfraktion. Trotz Anhörung im Bayerischen Landtag, trotz SPD-Dringlichkeitsantrag: Die CSU ließ sich nicht erweichen. ■

## Kommunen garantieren Daseinsfürsorge!

Menschen brauchen Daseinsvorsorge: Energieversorgung, Nahverkehr, Trinkwasser, Krankenhäuser, Wohnungen, Müllbeseitigung und vieles mehr. Diese Grundbedürfnisse müssen ausreichend, in hoher Qualität und zu erschwinglichen Preisen erfüllt werden. Die Versorgungssicherheit muss gewährleistet sein.

Die bayerischen Städte, Landkreise und Gemeinden meistern diese Aufgaben seit Jahrzehnten in hervorragender Weise. Sie haben dreistellige Milliardenbeträge investiert. Diese Einrichtungen gehören allen, sie gehören den Bürgerinnen und Bürgern.

Die Kommunen gehen mit diesem Auftrag vorbildlich um. Und sie arbeiten volkswirtschaftlich. Sie lassen sich auf die Herausforderungen ein und planen für die Zukunft. Sie können so gestalten, wie es für die Bürger am besten ist.

Doch diese Angebote sind von Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen bedroht. Großkonzerne wollen sich die Rosinen herauspicken. Und CSU und Staatsregierung machen eifrig mit – und arbeiten an Hindernissen gegen unsere Kommunen.

## STAATSRREGIERUNG LÄSST TRINKWASSERVERSORGER HÄNGEN

Schlechte Zeiten für Bayerns Trinkwasserversorger, die zur übergroßen Mehrheit in kommunaler Hand sind. Denn CSU und Staatsregierung sind dabei, ihre Spielräume weiter einzuschränken: Neben den bekannten Privatisierungs- und Liberalisierungstendenzen wollen jetzt CSU-Landtagsfraktion und Umweltminister Bernhard den Artikel 35 des Bayerischen Wassergesetzes schleifen. Damit werden die Trinkwasserquellen den Interessen Privater ausgeliefert, wird letztlich die Privatisierung des Trinkwassers begünstigt.

Mit dem CSU-Gesetzesentwurf werden die Kommunen und die 3 000 meist kommunalen Trinkwasserversorger in Bayern in höchstem Maße erpressbar, wenn sie gezwungen wären, mit jedem Grundstückseigentümer Einzelverträge abzuschließen. SPD-Umweltsprecher Ludwig Wörner: „Die Grundstückseigentümer könnten nach Belieben die Preise treiben. Das heißt: Die Chancen, zu neuen Wasserschutzgebieten zu kommen, würden noch schlechter als bisher. Und die Preise für Trinkwasser würden sprunghaft ansteigen. ■

## Zukunft nur mit Bildung!

„Wer nicht gebildet ist, wird auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft aussortiert werden. Wer nicht gebildet ist, versteht die Zusammenhänge der Globalisierung nicht. Wer nicht gebildet ist, fällt eher auf Heilsversprechen von rechts wie links herein als andere“, schreibt die Süddeutsche Zeitung am 13. Juni 2008. Zehn Prozent der Schüler verlassen die bayerischen Schulen ohne Abschluss. Jedes Jahr. Weitere 10 Prozent machen einen Abschluss, der zu schlecht ist, um einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Jeder fünfte Schüler hat keine Chance!

Dass Bayern bei der PISA-Studie besser abschneidet als Hessen, hilft niemandem. Fakt ist, dass Bildung in Bayern vom Geldbeutel der Eltern abhängt und von der Herkunft. Kinder aus ärmeren Familien, und Kinder mit Migrationshintergrund werden ausgesiebt und benachteiligt.

Es kann gar kein schlimmeres Versagen eines Staates geben, als Kindern eine selbstbestimmte Zukunft zu verbauen. Es ist, mit einem Wort, fies – ...und es reicht!

## »20 PROZENT IN DIE HARTZ IV-KARRIERE!«

**MARTIN GÜLL:** Das Bildungssystem ist einfach ungerecht, weil die Kinder aus Akademiker-Familien eine siebenmal höhere Chance haben, aufs Gymnasium zu kommen, als ein Arbeiterkind oder ein Kind mit Migrationshintergrund.

**ISABELL ZACHARIAS:** Und wir in Bayern geben uns damit zufrieden, dass jedes Jahr 10 Prozent keinen Bildungsabschluss machen, dass weitere 10 Prozent einen sehr schlechten Abschluss machen. Wir schicken also jedes Jahr 20 Prozent der Schüler in die Hartz IV-Karriere.

**MG:** Das Schlimmste ist die Aussortierung in der vierten Klasse nach der vermeintlichen Begabung. Das geht auf das Jahr 1920 zurück. Man wollte schlicht mit dem Volk nichts zu tun haben.

**IZ:** Nur in Österreich und Deutschland wird so früh aussortiert. In allen anderen europäischen Ländern passiert das zwischen der 6. und der 10. Klasse.

**MG:** Und spätestens seit PISA III wissen wir, dass die Unterschiede zwischen

Das Bildungsgespräch des Bayern-Vorwärts mit der Vorsitzenden des Bayerischen Elternverbandes, Isabell Zacharias, und dem Leiter der Hauptschule Markt Indersdorf, Martin Güll

Zum Bildungsgespräch trafen sich zwei Fachleute und SPD-Landtagskandidaten: Isabell Zacharias (Stimmkreis München-Schwabing) und Martin Güll (Stimmkreis Dachau).

Hauptschülern und Gymnasiasten nicht besonders groß sind. Man schätzt, dass in Bayern jährlich 250 Millionen Euro an die Nachhilfeeinstitute fließen.

**IZ:** So wie es jetzt läuft, wird der gesellschaftliche Graben immer größer. Nirgends in Deutschland gehen so viele Kinder auf Privatschulen, wie in Bayern: 130.000 Schüler. Das ist jeder zehnte!

**MG:** Wir müssen die öffentlichen Schulen so gut aufstellen, dass es keinen Grund gibt, das Kind auf eine Privatschule zu schicken.

**IZ:** Vor allem müssen wir die Lehrerbildung gründlich reformieren. Die Lehramtsstudenten müssen viel mehr über Pädagogik und andere Unterrichtsformen lernen. Sonst bringt alles nichts.

**MG:** Das kann man wiederum nicht ändern, solange sich an der grundsätzlichen Systematik mit dem alles entscheidenden Notenbuch nichts ändert.

**IZ:** Die Lehrer sind systematisch verhasst, Kinder mit Noten auszusortieren. Die müssen sich eben auch an die Regeln halten. Aber Noten sind überhaupt nicht vergleichbar.

**MG:** Wir müssen eben die Schule neu denken!

**IZ:** Interessant ist: Du kannst jeden CSU-Bürgermeister beim Thema Bildung gegen seine Landespartei aufbringen. Aber es muss klar sein: Nur wer die SPD wählt, wählt auch ein anderes Modell, und nicht nur Kritik am bestehenden Modell!



## »BILDUNGSLAND BAYERN: WIR WOLLEN AN DIE SPITZE!«

„Gerechte Zukunftschancen sind mit der CSU nicht zu machen – die CSU Regierung ist verbraucht und reformunfähig“, sagt der Bildungsexperte der BayernSPD, Hans-Ulrich Pfaffmann, MdL und Mitglied im Kompetenzteam von Franz Maget. Uli Pfaffmann im BayernVorwärts-Interview.

### Bayern steht doch laut PISA-Studie in Deutschland recht gut da – oder?

Stimmt, aber das ist wie ein Vergleich mit der Regionalliga. Das ist nicht der Anspruch, den wir haben. Wir wollen international an die Spitze. Wir wollen, dass Bayern Bildungsland Nummer 1 in Europa wird.

### Was wollt Ihr ändern?

Wir werden die Rahmenbedingungen für alle Schularten verbessern: Erstens, mehr pädagogisches Personal an die Schulen. Zweitens, keine Klasse darf mehr als 25 Schüler haben. Drittens, flächendeckend gebundene Ganztagschulen einführen für alle, die das wollen. Viertens dafür sorgen, dass ausnahmslos jede Hauptschule einen Mittlere-Reife-Abschluss anbieten kann. Fünftens, Reformschulen werden zugelassen und das dreigliedrige Schulsystem reformiert. Wir werden dafür sorgen, dass die

Zukunft der Kinder und jungen Leute nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

### Was hältst Du von der Selektion in der vierten Klasse?

Gar nichts! Die Aufteilung mit 10 Jahren ist unsozial, unchristlich und pädagogisch höchst fragwürdig. Fast alle anderen Europäer haben längere gemeinsame Schulzeiten – mit größtem Erfolg, wenn man zum Beispiel Finnland betrachtet. Der damit verbundene Leistungsdruck für die Kinder und deren Familien ist inakzeptabel. Die Aufteilung der Zehnjährigen verbaut Zukunftschancen. Wir werden deshalb das Übertrittszeugnis abschaffen und eine längere gemeinsame Schulzeit umsetzen.

### Wie steht es um die Lehrerbildung?

Die Vermittlung von Fachwissen ist wichtig und notwendig, gleichzeitig müssen aber Pädagogik, Didaktik und

Erziehungswissenschaften in der Lehramtsausbildung stärkere Berücksichtigung finden und die Praxisanteile gestärkt werden. In diesem Sinne brauchen wir eine Reform der Lehramtsausbildungen. Außerdem muss die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer gestärkt werden.

### Eure Pläne kosten viel Geld...

Ja, aber das ist es wert. Wir werden sofort eine Milliarde Euro investieren müssen als ersten Schritt für kleinere Klassen, mehr Lehrerinnen und Lehrer und die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler. Denkbar ist eine pauschale Kürzung aller Haushaltstitel zugunsten der Bildung um 1 bis 2 Prozent. Ein bayerischer Bildungssolidarbeitrag sozusagen. Höhere Bildungsinvestitionen sind unverzichtbar, um den jungen Menschen gerechte Zukunftschancen zu ermöglichen.



Bildungs-Sprecher Hans-Ulrich Pfaffmann: „Wir werden sofort 1 Milliarde investieren müssen.“

## SICHERHEIT HEISST: INVESTIEREN IN DIE POLIZEI

Das BayernVorwärts-Interview mit Bayerns GdP-Chef Harald Schneider.

### Die CSU pflegt mit immer schärferen Gesetzen ihr Image als Partei der Inneren Sicherheit. Reichen die Gesetze nicht aus?

Meiner Meinung nach sind die jetzigen Gesetze vollkommen ausreichend, sie müssen nur konsequent angewandt werden. Wir haben große Defizite im Bereich der Personal- und Sachausstattung. Dies bedingt, dass wir nicht in der Lage sind, die vorhandene Gesetzeslage konsequent durchzusetzen.

### Wie sieht es in der Praxis aus?

Die Bayerische Polizei hat fünf magere Jahre hinter sich. Stoiber hat die Bayerische Polizei konsequent zu Tode gespart. Mittlerweile ist ein Investitionsstau von 114 Millionen Euro aufgelaufen. Dies bedeutet: Uns fehlt es sowohl an Personal als auch an der nötigen Sachausstattung.

### Wie ist die technische Ausstattung der Polizei?

Wir haben marode Dienststellen, die dringend saniert werden müssen. Es fehlt an Dienstfahrzeugen und Informationstechnologie. In Sachen Funkausstattung sind wir auf dem Stand eines Entwicklungslandes.

### Wie ist die personelle Ausstattung?

Durch die Polizeireform und die Arbeitszeitverlängerung gibt es die Verpflichtung, insgesamt 1800 Stellen einzusparen. Viele Dienststellen sind hoffnungslos überaltert.



Harald Schneider, Chef der bayerischen GdP und SPD-Landtagskandidat im Stimmkreis Main-Spessart: „Die Arbeitsbedingungen für die bayerische Polizei sind teilweise katastrophal.“

### Was sind die konkreten Konsequenzen für die Polizeiarbeit vor Ort?

Die Probleme, die sich aus den genannten Missständen ergeben, sind für jeden einzelnen Kollegen konkret greifbar. Die fehlenden Dienstfahrzeuge die Ermittlungsarbeit. Auf den Dienststellen prügeln sich die Kollegen um die Benutzung der PCs. Es macht wenig Freude, wenn es in die Dienststellen regnet oder der Putz von den Wänden fällt. Und wir warten seit vielen Jahren auf den Digitalfunk.

### Wie bewertest Du die Polizeireform?

Die Polizeireform hat viele Millionen Euro verschlungen. Inzwischen geht man davon aus, dass diese Reform nach dem Abschluss in Jahre 2009 rund 100 Millionen Euro gekostet hat. Mit der Reform wurden auch gute Führungsstrukturen zerschlagen.



## Sicherheit geht anders!

Die CSU pflegt ihr Image als Partei der Inneren Sicherheit. Sie schürt Ängste an, um damit ordnungspolitische Maßnahmen zu rechtfertigen, anstatt präventiv anzusetzen: bei einer guten Bildungs- und Sozialpolitik. Und sie schießt weit übers Ziel hinaus, vergreift sich an Grundrechten und schreckt die Menschen ab, Demokratie zu leben.

Die Online-Schnüffelei und das Beschneiden des Versammlungsrechts sind weder notwendig noch sinnvoll. Tatsächlich dient das Geschrei nach mehr Überwachung und schärferen Strafen nur der Ablenkung von den Versäumnissen, die Innenminister Herrmann zu verantworten hat.

Die Realität der Polizeiarbeit sieht anders aus. Da, wo echte, ehrliche Sicherheitspolitik angebracht wäre, lässt die CSU die Polizei buchstäblich im Regen stehen...

Die Gewerkschaft der Polizei weiß ein Lied davon zu singen und hofft auf einen Wechsel im Landtag, damit ihre Beamten endlich die Ausstattung bekommen, die ihnen zusteht.

## RETTET DIE VERSAMMLUNGSFREIHEIT

Mit dem geplanten neuen Bayerischen Versammlungsrecht will die CSU-Staatsregierung Bürgerrechte einschränken. Bayern soll Vorreiter sein. Franz Schindler, SPD, Vorsitzender des Rechts- und Verfassungsausschusses im Landtag, belegt dies: „Die Vorbereitung und Durchführung von Versammlungen soll durch eine Vielzahl bürokratischer Hürden erschwert und den Veranstaltern und Versammlungsleitern bei Androhung von Bußgeldern Pflichten auferlegt werden, die sie nicht erfüllen können. Bürger werden von der Teilnahme an Versammlungen und Demonstrationen abgeschreckt, weil der Polizei umfangreiche Befugnisse zur Erhebung personenbezogener Daten und von Bild- und Tonaufnahmen eingeräumt werden.“

Der Gesetzentwurf stammt aus der Feder von Sicherheitsbehörden und riecht streng nach obrigkeitstaatlichem Denken, nicht aber nach Freiheit. Die CSU im Landtag hat zwar einige Veränderungs-



Franz Schindler, MdL: „Wir wollen nicht, dass Menschen von der Ausübung ihrer Grundrechte abgeschreckt werden.“

vorschläge der SPD aufgegriffen, aber die Substanz wird dadurch nicht verändert. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wird von der CSU-Staatsregierung weder sonderlich geschätzt noch geschützt. Deshalb muss es vor der CSU geschützt werden. ■

## ONLINE-DURCHSUCHUNG BRINGT NICHTS

...sagt der Rechtspolitiker Florian Ritter. Seine Antworten auf die Fragen des BayernVorwärts:

### Online-Hausdurchsuchung, wie soll diese umgesetzt werden?

Entweder über einen Trojaner, der mit einem Mailanhang eingebracht wird, oder an den Ort zu gehen, wo der Rechner steht, um den Trojaner aufzuspielen.

### Wo liegen die Probleme dabei?

Die gewieften Täter haben längst viele Mittel in der Hand, um sich zum Beispiel per Firewall abzuschirmen. Die Privatsphäre vieler unbescholtener Nutzer jedoch bleibt auf der Strecke.

### Wie will man die Täter anders beobachten?

Wenn eine Straftat vorliegt, bekommt man auch den richterlichen Beschluss, um den Rechner zu beschlagnahmen. Da wird niemand geschont. Das geht heute schon.

### Was sind die Beweggründe der CSU?

Es ist eine klare Tendenz in der CSU: Man will die polizeilichen Mittel bis am den Rand des verfassungsrechtlich Möglichen ausschöpfen.

### Was würde die BayernSPD da anders machen?

Kriminalität da bekämpfen, wo sie entsteht, also auch die sozialen Ursachen nicht aus dem Auge verlieren. Und die Polizei vor Ort vernünftig ausstatten.



Florian Ritter, MdL: Kriminalität muss dort bekämpft werden, wo sie entsteht. Und die Polizei vor Ort braucht eine gute Ausstattung.“

## Die Familie im Mittelpunkt!

Die Familie steht im Mittelpunkt, sagt die CSU. Für diesen Anspruch sieht es in Bayern düster aus. Bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren belegt Bayern nur den 13. Platz unter den 16 Bundesländern. Und das neue Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) muss stark nachgebessert werden.

Die BayernSPD arbeitet daran, Bayern zum Familienland Nr. 1 in Deutschland zu machen. Dafür hat die bayerische SPD in der Bundesregierung bereits wichtige Schritte hin zu diesem Ziel unternommen. Ob das Kinderförderungsgesetz oder die verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie, ob der Kinderzuschlag zur Bekämpfung der Kinderarmut oder das Förderprogramm zur Ganztageschule - die Prioritäten sind gesetzt. Diese Punkte müssen in Bayern auch umgesetzt werden. Die Mittel dürfen nicht zweckentfremdet werden, wie es bei den Mitteln für die Ganztagesbetreuung geschehen ist.

Familie muss eben wirklich im Mittelpunkt der Politik stehen und nicht wie bei der CSU nur in Sonntagsreden.

## »IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN. DAS SIND DIE KINDER!«

Johanna Werner-Muggendorfer ist stellvertretende Vorsitzende der Landtags-SPD und im Kompetenzteam verantwortlich für Familie, Kinder und Senioren. Der BayernVorwärts hat sie gefragt – zur frühkindlichen Bildung und Erziehung in Bayern.

### Wie geht es den Kindern in Bayern?

Den meisten zum Glück sehr gut. Aber ich finde es bestürzend, wie viel Kinderarmut wir in diesem reichen Land haben. Wir wissen, dass 134.000 Kinder unter 15 Jahren in Hartz-IV-Haushalten leben. Leider kennen wir oft keine genauen Zahlen, weil die CSU den Kopf in den Sand steckt. Seit 1998 führt die Staatsregierung den Sozialbericht nicht weiter. Das war der erste und letzte. Aber man kann politisch nur agieren, wenn man eine vernünftige Situationsbeschreibung hat.

### Warum will die CSU keinen neuen Sozialbericht?

Das hat politische Gründe. Man könnte etwas erfahren, was nicht passt. Dass es zum Beispiel nicht so rosig aussieht, wie die CSU das gern behauptet.

### Vielleicht sind die Probleme behoben?

Das ist natürlich ein Witz! Wenn das behoben wäre, müssten wir ja was davon merken. Die Unterschiede werden eher größer als kleiner. Bildung entscheidet über Lebens- und Bildungschancen. Die Ungleichheit wächst.



Johanna Werner-Muggendorfer, MdL: „Kinder brauchen Bildung von Anfang an. Das ist mehr als Aufbewahrung.“

### Was wollt ihr ändern?

Wir werden den Rechtsanspruch einführen auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag. Dann wollen wir das Betreuungsangebot ausbauen. Es gibt zu wenige Ganztagsplätze. Was bringt es mir, wenn ich mein Kind schon um 15.00 Uhr wieder abholen muss? Es kommt auf die Länge an! Aber vor allem auf die Qualität.

Das ist der nächste Punkt: Wir brauchen mehr Personal und da mehr Erzieherinnen als Kinderpflegerinnen. Ganz allgemein werden wir der frühkindlichen Bildung die Bedeutung und Ausstattung zukommen lassen, die sie benötigt. Um kleinere Gruppen zu schaffen, um ein kostenloses Kindergartenjahr anzubieten, das letzte, damit sie den Übergang zur Schule gut bewältigen, und zwar ab sofort. Auch ein kostenloses gesundes Mittagessen in allen Bildungseinrichtungen ist nötig.

### Das kostet doch?

Das alles kostet ein paar hundert Millionen Euro. Aber es muss uns klar sein, dass Bildung etwas kostet.

## ALTER HAT ZUKUNFT

von Peter Paul Gantzer,  
Vizepräsident des Bayerischen Landtags

Jedem ist die demographische Entwicklung bekannt: Die Gesellschaft wird älter. Dabei wird aber immer nur wahrgenommen, dass damit die Belastung der sozialen Sicherungssysteme durch die Älteren steigen würde.

Zugrunde liegt ein negatives Altersbild. Ältere Menschen werden nur noch als Kostenfaktoren gesehen. Alter wird mit Begriffen wie Passivität, Leistungsunfähigkeit und Krankheit gleichgesetzt. Alter als eine besondere Form der Behinderung. Dabei gibt es eine neue Generation älterer Bürgerinnen und Bürger, die gesund, fit, dynamisch und selbstbewusst sind.

Eine Bewusstseinsveränderung ist angesagt. Ziel muss ein positives Altersbild sein. Ein solches neues Rollenbild für die älteren Bürgerinnen und Bürger findet sich im Regierungsprogramm der BayernSPD 2008. Wir fordern, dass jegliche Diskriminierung aufgrund Alters ge-



Peter Paul Gantzer, MdL: „Ältere Menschen sind mehr als nur Kostenfaktoren. Sie sind eine Chance für unsere Gesellschaft.“

stoppt werden muss. Wir fordern, bürgerschaftliches Engagement älterer Bürgerinnen und Bürger zu fördern. Arbeitsplätze für Ältere müssen gesichert und ausgebaut werden. Alt und jung gemeinsam, nur so können wir die Probleme der kommenden Jahre lösen. ■

## SIND WIR VORBEREITET?

von Angelika Graf, MdB,  
Vorsitzende der AG „60plus“ in Bayern

Bayern wird älter. Nicht nur der Anteil der Bayern über 60 wird deutlich wachsen – auch die Gruppe der über 80-Jährigen wird stark zunehmen. Eine älter



Die bayerische „60plus“-Chef Angelika Graf, MdB: „Wir müssen die Potentiale älterer Menschen erkennen und für unser Gemeinwesen nutzen.“

werdende Gesellschaft braucht eine andere Infrastruktur.

Die Zukunftsfragen in Bayern sind: Wie wollen wir im Alter leben? Wie wollen wir die „geschenkten Jahre“ nutzen? Bisher wurden diese Fragen von der Staatsregierung noch nicht einmal aufgeworfen.

Wir müssen jetzt die Weichen stellen, um die Chancen des demografischen Wandels zu nutzen und Bayern zum Vorreiter für die Gestaltung der älter werdenden Gesellschaft machen.

Viele Ältere sind zum Beispiel auf Barrierefreiheit beim Wohnen, im Nahverkehr angewiesen, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Doch Barrierefreiheit ist in weiten Teilen Bayerns noch ein Fremdwort. Auch auf den wachsenden Pflegebedarf sind wir nicht vorbereitet.

Das Potenzial der Älteren als ehrenamtliche Helfer, als Ratgeber für die Jüngeren und nicht zuletzt als wachsende Zielgruppe für altengerechte Produkte und Dienstleistungen gilt es freizulegen. ■



## »VORSORGE IST BESSER ALS REPARIEREN«

Susann Biedefeld fordert einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Klima, Umwelt und Natur

**V**orsorge treffen ist besser“ lautet die Leitlinie der stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Susann Biedefeld, im Kompetenzteam von Franz Maget zuständig für Umwelt, Energie und Verbraucherschutz.

Sie fordert damit einen Paradigmenwechsel im Umgang mit Umwelt und Natur ein: „Wir müssen Abstand nehmen von der Vorstellung, dass wir alles technisch Machbare und Beherrschbare tun können. Wir müssen uns auch verabschieden von der Illusion, dass wir reparieren können, was wir zu Schaden gebracht haben. Spätestens der Klimawandel zeigt uns, dass Schäden irreparabel sind und dass die Bewältigung von Folgeschäden ungleich schwieriger und teurer wird als die rechtzeitige Rücksichtnahme. Dieser Satz gilt auch für die Atomkraft, deren Nutzung wir schleunigst beenden müssen, um keine weiteren Hypotheken aufzubauen. Er gilt noch mehr für die Agrotechnik, bei der wir in Bayern noch rechtzeitig den Ausstieg schaffen können.“

### Schutz des Klimas hat Vorrang

Die volkswirtschaftliche Rechnung lautet, dass jeder Euro, der jetzt nicht in den Klimaschutz investiert wird, später 20 Euro erfordern wird, um die Folgen in den Griff zu bekommen. Da müssen alle Alarmglocken schrillen. Kein Land, kein Volk darf sich dem Kampf gegen den Klimawandel entziehen. Doch Bayern leistet sich bisher den Luxus, planlos zu sein – ohne verbindliche Klimaziele, ohne Klimaberichte, ohne regelmäßige Überprüfung der eingeleiteten Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit. Und ohne Plan, ohne verbindliche Ziele kann es angesichts der massiven Eingriffe in den Klimahaushalt auch keine Vorsorge geben. Der Ansatzpunkt ist klar: Klimaschutz entscheidet sich in der Frage der derzeitigen und der künftigen Energiepolitik. Der Bewertungsmaßstab: die Emissionen der Treibhausgase.

Die Hauptwaffe im Kampf gegen den Klimawandel lautet: die Möglichkeiten des Energiesparen, der effizienten Energienutzung und des Einsatzes erneuerbarer Energien auszuschöpfen, um den Zugriff auf fossile und nukleare Energieträger zu vermindern. Hier haben die Bundesregierungen seit 1998 ambitionierte Fördermaßnahmen und Begleitgesetze auf den Weg gebracht, die sehr erfolgreich waren und sind. Unterstützung gibt es durch die kommunalen Stadtwerke und die Bürger gerade in Bayern, die weit überdurchschnittlich



mitgemacht haben. Nur CSU und Staatsregierung haben sich herausgehalten. Verstehbar wird diese Untätigkeit und dieses Zuwarten der CSU-Staatsregierung nur durch das ideologische Festhalten an der Hochrisikotechnologie Atomkraft. Das ist mit der BayernSPD nicht zu machen: Wir bestehen auf dem Ausstieg nach dem Atomkonsens. Mit seiner hohen Abhängigkeit vom Atomstrom ist es notwendig, dass Bayern sich endlich auf den Ausstieg vorbereitet. Wir fordern ein Konzept „Sichere Energiezukunft in Bayern ohne Atomkraft“.

### Versöhnung mit der Natur

„Der Klimawandel macht uns deutlich, dass es auf Dauer nicht gelingen kann, die Natur auszusperren“, sagt Susann Biedefeld: „Deshalb müssen wir aufhören, die Natur auszusperren. Wir müssen in Bayern die Versöhnung mit der Natur schaffen.“

Zum Beispiel beim **Hochwasserschutz**: Die Flüsse müssen großflächig als Flusseinzugsgebiet betrachtet werden, in dem Hochwasser zurückgehalten werden kann. Beton mag einzelnen Kommunen helfen, verschärft aber die Situation der Unterlieger.

Zum Beispiel bei der **Entsiegelung von Flächen**: Bayern leistet sich den Luxus, täglich mehr als 20 Hektar (40 Fußballfelder) mit Beton und Asphalt zu belegen. Das hat verheerende Auswirkungen auf die Bodenfruchtbarkeit und die Rückhaltefähigkeit der Böden, auf die (in Bayern ohnehin mangelhafte) Vernetzung der natürlichen Lebensräume, auf die Artenvielfalt.

Zum Beispiel beim **Aufbau stabiler Mischwälder**: So lukrativ Fichtenmonokulturen für den Finanzminister sein mögen, so wird die Zukunft der bayerischen Wälder darin entschieden, ob es uns gelingt, sie in stabile und gesunde Mischwälder umzubauen. Deshalb müssen die Erlöse aus dem Wald (Staatsforsten) wieder in den Wald investiert werden. ■

**Susann Biedefeld fand Unterstützung bei Dr. Hermann Scheer, Träger des Alternativen Nobelpreises, Präsident von EUROSOLAR und Vorsitzender des Weltrats für Erneuerbare Energien.**

## Lebensgrundlagen sichern und schützen!

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen wie Luft, Wasser und Boden, Natur und Landschaft sind zwar hochrangig geschützt. Dennoch wird von allen Seiten massiv in diese Ressourcen eingegriffen, werden sie durch Übernutzung, Raubbau und Schädigung bedroht. Dies ist seit Jahren bekannt. Doch an wirksamen Schutzmaßnahmen mangelt es. Vor allem die CSU hängt immer noch dem Irrglauben an, dass alles repariert werden kann. Diese Einschätzung, die in einem ideologisch verbrämten Technologieverständnis begründet ist, kann nicht mehr gehalten werden.

Der Kampf gegen den Klimawandel zeigt uns: Eine intakte Umwelt ist unsere beste Lebensversicherung. Deshalb muss Umweltschutz Maßstab des politischen Handelns werden.

## GESUNDE LEBENSMITTEL FÜR DIE VERBRAUCHER



**U**nmittelbar aus dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen erwächst die Chance, die Menschen in Bayern mit gesunden Lebensmitteln zu versorgen. Dazu braucht es

den **Schutz des Trinkwassers als Lebensmittel Nr. 1**: Dass Trinkwasser bedenkenlos getrunken werden kann, ist das Verdienst der kommunalen Daseinsvorsorge. Deshalb lehnen wir beim Trinkwasser entschieden Privatisierung und Liberalisierung ab. Und wir fordern weitere Wasserschutzgebiete.

das **Nein zur Agrotechnik**: Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) - einmal in die Naturkreisläufe eingebracht – sind nicht mehr rückholbar. Mittlerweile ist klar, dass es kein Nebeneinander von GVO-Bauern und gentechnikfreier Landwirtschaft geben kann. Damit wird Agrotechnik zum Risiko für das ganze Land Bayern, für biologisch und konventionell wirtschaftende Bauern, Lebensmittelwirtschaft und Verbraucher, für die Natur und den Artenschutz sowie für die Marktfähigkeit. Bayern kann selbst handeln, doch CSU und Staatsregierung weigern sich.

**Garantierte Lebensmittelsicherheit**: Die Lebensmittelsicherheit und damit der Verbraucherschutz sind in Bayern nicht gewährleistet. Das bayerische System der Kontrolle und Überwachung von Lebensmitteln funktioniert nicht. Wir wollen, dass die Kontrollbehörden wirksam arbeiten können. Wir wollen, dass es Lebensmittelsicherheit gibt. Der Verbraucher darf nicht allein gelassen werden. ■



## Frauen verdienen mehr!

Viele Ziele der Frauenbewegung wurden mittlerweile verwirklicht. So sind Frauen heute bestens ausgebildet. Doch immer noch werden Frauen in vielen wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft benachteiligt. So kann von einer Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt noch längst nicht die Rede sein.

Jede und jeder hat aber das Recht auf ein diskriminierungsfreies Leben. Dies ist für jede einzelne Frau ein Ausdruck ihrer Menschenwürde und ein hohes persönliches Gut.

Viele Konservative können dieses garantierte Grundrecht bis heute nicht akzeptieren, zumindest aber nicht in eine zukunftsorientierte Politik umsetzen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern: Gleichstellung jetzt! Und die Frauen bei der CSU?

München ist frauenfreie Zone. Alle acht Landtagsbewerber sind Männer. Bei der SPD ist jeder zweite Platz mit einer Frau besetzt.

## GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!

Adelheid Rupp zur IAB-Studie:  
Mindestlohn und Gleichstellungsgesetz auch in der Privatwirtschaft

**A**delheid Rupp, stellvertretende Vorsitzende der BayernSPD, hat sich mit den Ergebnissen der IAB-Studie auseinandergesetzt und Forderungen erhoben:

Die neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bestätigt einmal mehr die gravierenden Folgen des wachsenden Niedriglohnsektors. Die Zahl der Menschen mit Armutslöhnen wächst. Wer einmal im Niedriglohnsektor steckt, hat wenig Perspektive, sich daraus zu lösen und eine Festanstellung zu erhalten. Betroffen sind in besonderem Maße Frauen. Aufgrund fehlender Kinderbetreuungseinrichtungen ist auch eine große Zahl gut qualifizierter Frauen in schlechten Arbeitsverhältnissen gefangen, viele arbeiten Teilzeit ohne die Möglichkeit eines beruflichen Aufstiegs.

Es ist nicht länger hinzunehmen, dass Frauen in der Bundesrepublik im Schnitt 22 Prozent weniger als Männer verdienen. Deshalb sind politische Maßnahmen dringend geboten. Ein erster Schritt wäre ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Deshalb hat die SPD-Landtagsfraktion einen Dringlichkeits-



Die bayerische ASF-Chefin:  
Adelheid Rupp.



Platz 1 in Oberfranken:  
Susann Biedefeld.



Platz 1 in Niederbayern:  
J. Werner-Muggendorfer.



Platz 2 in Mittelfranken:  
Christa Naaß.

## AUF AUGENHÖHE! GLEICHSTELLUNG JETZT!

BayernSPD tritt mit starkem und kompetentem Frauenteam an:  
Die sieben Spitzenfrauen

**W**enn Bayern gerecht sein soll, dann muss die Benachteiligung von Frauen in allen Lebensbereichen beendet werden“, begründet Adelheid Rupp, Vorsitzende der Frauen in der BayernSPD (AsF), die hervorgehobenen Positionen und die große Zahl auf den SPD-Listen zur bayerischen Landtagswahl am 28. September.

Drei der sieben SPD-Bezirkslisten in Bayern werden von Frauen angeführt, auf

den anderen vier Listen besetzen Frauen jeweils den Platz zwei. Insgesamt stellen sich 35 Frauen als Direktkandidatinnen der BayernSPD zur Wahl. Damit wird die SPD wieder das zahlenmäßig stärkste und topplatzierte Frauenteam stellen.

„Natürlich hat die Politik in Sachen Gleichstellung eine Vorbildfunktion, der sie auch mit einem entsprechenden Anteil an kompetenten Frauen in den Parlamenten gerecht werden muss“, unterstreicht Adelheid Rupp den Anspruch der AsF auf aussichtsreiche Frauenkandidaturen.

Mit Susann Biedefeld (Oberfranken) und Johann Werner-Muggendorfer (Niederbayern) treten zwei Frauen in ihren Bezirken auf der Spitzenposition an, die bereits heute als stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion an hervorgehobener Position Politik gestalten. Karin Pranghofer, Landtagsabgeordnete und Spitzenkandidatin der UnterfrankenSPD, hat nicht zuletzt aus eigener Erfahrung die berufliche Bildung und Erwachsenenbildung zu ihrem Schwerpunkt gemacht.

Auch die Spitzenfrau der OberbayernSPD, MdL Kathrin Sonnenholzner, gestaltet Politik in einem Schlüsselbereich: Gesundheitspolitik muss noch stärker als bisher die Lebensläufe und Bedürfnisse von Frauen berücksichtigen. Ein Schwerpunkt für die mittelfränkische Spitzenfrau, Christa Naaß, MdL, ist in ihrem Politikfeld, dem öffentlichen Dienst, die Gleichstellung von Frauen.

Die Spitzenfrau der OberpfalzSPD, Annette Karl, Vize-Chefin der AsF, hat mit Bildung und Betreuung einen Schwerpunkt gewählt, der vor allem für Frauen in ländlichen Regionen wichtig ist.

Die schwäbische Spitzenfrau und familienpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Simone Strohmayer, tritt für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

Adelheid Rupp: „Am 28. September ist das Frauenförderprogramm wählbar. Denn dafür steht die SPD.“ ■



Platz 1 in Unterfranken:  
Karin Pranghofer.



Platz 2 in Oberbayern:  
Kathrin Sonnenholzner.



Platz 2 in Schwaben:  
Dr. Simone Strohmayer.



Platz 2 in der Oberpfalz:  
Annette Karl.

## »KOMMUNALFUCHS 2008« GING AN ZWEI PREISTRÄGER AUS NIEDERBAYERN

Bundesweite Auszeichnung für Ruth Müller aus Pfeffenhausen und Michael Adam aus Bodenmais

**B**undesweite Anerkennung für ihre politische Arbeit für zwei Niederbayern. In Berlin wurde in sechs Kategorien der Kommunalfuchs 2008 durch die „DEMO“, die Monatszeitschrift für Kommunalpolitik, verliehen.

### „Junges Engagement“: Preisträger Michael Adam

Den Kommunalfuchs 2008 für „Junges Engagement“ erhielt der 23-jährige Bodenmaiser Bürgermeister Michael Adam. Er sorgte bei den bayerischen Kommunalwahlen für deutschlandweite Schlagzeilen, als er in Niederbayern gewann. Er habe den Bürgern eine Alternative geboten und durch sein Wirken im vorpolitischen Raum auch die Menschen hinter sich gehabt, stellte DEMO-Chefredakteur Stefan Grönebaum heraus. Sympathien habe er auch deswegen erhalten, weil er mit vermeintlichen „Handicaps“ offen umging und einen langfristigen Wahlkampf geführt habe. „Junge Menschen, die sich so erfolgreich in der Politik engagieren, sind das Fun-

Die niederbayerischen Preisträger Ruth Müller (Pfeffenhausen) und Michael Adam (Bodenmais) erhielten den „Kommunalfuchs 2008“ aus der Hand des SGK-Vorsitzenden und Dortmunder OB Gerhard Langemeyer.

dament unserer Demokratie“, lobte Grönebaum in seiner Laudatio den jungen Niederbayern.

### „Europäisches Engagement“: Preisträgerin Ruth Müller

In der Rubrik „Europäisches Engagement einer Kommune“ ging die Auszeichnung

an die Kreis- und Gemeinderätin Ruth Müller aus Pfeffenhausen. Ruth Müller erhielt den Preis für ihre Arbeit in dem Referat „Kultur und Partnerschaft“, das sie gemeinsam mit dem CSU-Gemeinderat von 2002 bis 2008 innehatte.

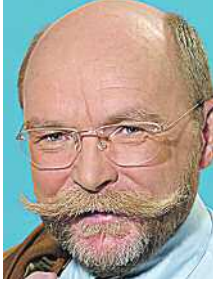
„Mit diesem Referat habt Ihr erreicht, dass sich die kommunale Partnerschaft weg von einer Pflichtübung zwischen öffentlichen Vertretern zweier Kommunen hin zu einer mit Leben erfüllten Partnerschaft entwickelt hat.“ Seit im Jahr 2001 der Partnerschaftsvertrag zwischen dem damaligen Bürgermeister Arno Wolf und der polnischen Bürgermeisterin Halina Dydycz unterzeichnet wurde, fanden vielfältige Aktionen in der Gemeinde Pfeffenhausen statt. Über das Referat „Kultur und Partnerschaft“ habt Ihr es geschafft, durch zahlreiche Begegnungen unter Einbindung von Schulen und Vereinen in die Breite der Bevölkerung zu wirken. Durch die Beantragung von Fördermitteln auf örtlicher, regionaler und europäischer Ebene konnten viele Projekte realisiert werden. ■



## FÜR UNS IM LANDTAG

LUDWIG WÖRNER

„Zentrale Themen sind der Schutz unseres Trinkwassers und gentechnikfreie Lebensmittel. Verbraucher haben das Recht auf natürliche Produkte. Eine alternde Ge-



sellschaft erfordert Mobilität, generationengerechte Wohnungssanierung und preiswerte Mieten. Im Kampf gegen den Klimawandel sind der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und die Wärmesanierung von Altbauwohnungen meine wesentlichen Ziele.“

In der SPD-Fraktion ist Ludwig Wörner umwelt- und verbraucherpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss Öffentlicher Dienst und wohnungspolitischer Sprecher. Er ist Landesvorsitzender der bayerischen SPD-Arbeitnehmer (AfA).

Kontakt: Bürgerbüro, Oberanger 38, 80331 München  
TEL (089) 26 02 38 96, FAX (089) 26 02 38 97  
EMAIL woerner@ludwig-woerner.de,  
www.ludwig-woerner.de



## AM 5. JULI IN WEIDEN: PROGRAMMPARTEITAG IN BAYERNSPD

Zur Beratung und Beschlussfassung des Wahlprogramms für die Landtagswahlen am 28. September trifft sich die BayernSPD am Samstag, dem 5. Juli 2008, um 10.00 Uhr in der Max-Reger-Halle in Weiden in der Oberpfalz.

Nach der Rede „Bayern, aber gerechter“ des BayernSPD-Vorsitzenden Ludwig Stiegler, der selbst aus Weiden kommt, spricht der Spitzenkandidat für die Landtagswahl, SPD-Fraktionschef Franz Maget. Am Nachmittag wird drei Stunden lang der Entwurf des Wahlprogramms 2008 beraten und anschließend darüber Beschluss gefasst.



Oberbürgermeister Kurt Seggewiß freut sich auf die BayernSPD und ihren Programmparteitag.

## FUTTER FÜR MUND FUNK

IM JULI/AUGUST 2008

Bundes- und Landespolitik bunt gemischt – für den Wahlkampf kann man überall Honig saugen. Unser neues Angebot:

- A-01-2008: Die CSU und die Pendlerpauschale
- B-05-2008: Sofortmaßnahmen für die Hauptschule
- C-01-2008: Wir regieren – und das ist gut so!
- F-01-2008: Erbschaftssteuer – Fakten statt Lügen
- R-01-2008: Für die Versammlungsfreiheit in Bayern
- W-01-2008: Rund um den Tanktourismus

**Und so geht's:**  
**Bitte die entsprechende Nummer(n) der Argumentationshilfe(n) angeben.**  
Download im Internet unter [www.bayernspd-mundfunk.de](http://www.bayernspd-mundfunk.de)  
Per E-Mail: [info@bayernspd.de](mailto:info@bayernspd.de)  
(Datei oder Ausdruck? Absender!)  
Per Fax: 089 - 23 17 11 38 (Absender-Faxnummer!)  
Telefonisch: 089 - 23 17 11 0  
Per Post: BayernSPD, Oberanger 38, 80331 München

## SO WÄHLT MANN UND FRAU RICHTIG!

Landtags- und Bezirkswahlen am 28. September 2008.

Wie viel ist meine Erststimme wert? Wofür gibt es eine Zweitstimme?

Und was ist ein Stimmkreis? Wir erklären die wichtigsten Fragen rund um die Wahl!



**Beide Stimmen sind wichtig,  
denn beide Stimmen zählen.**

Am 28. September haben die Bürgerinnen und Bürger die Wahl: Mit ihrer Erst- und ihrer Zweitstimme entscheiden sie, wer ihre politischen Interessen und Anliegen in den nächsten fünf Jahren wahrnimmt. Wer auf sein Wahlrecht verzichtet, überlässt anderen das Feld. Briefwahlunterlagen gibt es nach dem 25. August im Rathaus der Gemeinde oder Stadt.

Bayern wird in sieben Wahlkreise unterteilt – sie sind identisch mit den Regierungsbezirken. Aus jedem dieser Wahlkreise zieht eine bestimmte Zahl an Abgeordneten in den Landtag ein. Insgesamt geht es um 180 Mandate: im Bezirk Oberbayern 58, in Niederbayern 18, in der Oberpfalz 17, in Oberfranken 17, in Mittelfranken 24, in Unterfranken 20, in Schwaben 26 Abgeordnete.

### Welche Partei schickt wie viele Abgeordnete in den Landtag?

Das entscheiden die Wählerinnen und Wähler in Bayern mit zwei Stimmen – auf zwei verschiedenen Stimmzetteln. Für die Sitzverteilung sind beide Stimmen gleich wichtig – sie werden zusam-

mengeählt. Daraus wird für jeden Wahlkreis (Regierungsbezirk) ermittelt, welche Partei wie viele Abgeordnete ins Maximilianeum schickt.

Die Erststimme (ein Kreuz!) wird auf dem kleinen Stimmzettel abgegeben. Mit ihr wählen die Bürger die Direktkandidatin oder den Direktkandidaten der SPD in ihrem örtlichen Stimmkreis.

Die Zweitstimme oder Wahlkreisstimme (ein Kreuz!) wird auf dem großen Stimmzettel abgegeben. Mit ihr wählen die Bürger eine Bewerberin oder einen Bewerber aus der Wahlkreisliste der SPD in ihrem Regierungsbezirk.

Die Zweitstimme ermöglicht eine Persönlichkeitswahl, in der die Wählerin bzw. der Wähler direkt eine Bewerberin oder einen Bewerber auf der Liste der SPD ankreuzt.

Für den Bezirkstag gelten im Prinzip die gleichen Wahlgrundsätze wie für den Landtag. Auch hier wird in Wahlkreisen und Stimmkreisen gewählt. Und Sie haben auch zwei Stimmen.

Bei Landtags- und Bezirkswahlen: Erst- und Zweitstimme für die SPD, damit es in Bayern gerechter zugeht! ■

## AM 26. JULI IN NÜRNBERG:

### EUROPAPARTEITAG DER BAYERNSPD

Die Europawahl im Frühjahr 2009 wirft ihren Schatten voraus. Am Samstag, dem 26. Juli 2008, um 11.00 Uhr wird es ernst: Der Kleine Parteitag (Landesparteitrat) der BayernSPD mit der Reihung der bayerischen Kandidatinnen und Kandidaten zur SPD-Europaliste tritt im Nürnberger Karl-Bröger-Zentrum zusammen.

Nach der Begrüßung durch Nürnbergs SPD-Oberbürgermeister Uli Maly wird (voraussichtlich) EU-Kommissar Günter Verheugen das Leitreferat „Europa 2009“ halten. Es folgt die Rede des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Günter Gloser.

Am Nachmittag wird der Kleine Parteitag über die Reihung der bayerischen SPD-Kandidatinnen und -Kandidaten für die Europaliste entscheiden und die eingegangenen Anträge beraten und beschließen.